

**Gegenüberstellung Diakonieforderungen und Landtagswahlprogramm der Parteien GRÜNE, CDU, SPD und FDP**

Flucht und Migration

Baden-Württemberg braucht ein Gesamtkonzept für die Aufnahme geflüchteter Menschen und ihre Integration. Ziel ist die Stärkung einer offenen Gesellschaft. Eine starke freie Wohlfahrtspflege kann dazu beitragen, dieses Ziel zu erreichen.

<b>Position DWV</b>	<p><b>1. Aufnahme geflüchteter Menschen</b></p> <p>Verfahrens- und Sozialberatung für Geflüchtete muss qualifiziert und unabhängig sein. Das gelingt durch freie und gemeinnützige Träger der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg. Dieses Modell entspricht dem Grundgedanken der Subsidiarität. Deshalb fordert die Diakonie in Baden-Württemberg die Landesregierung auf, ein konsistentes Gesamtkonzept für diese Form der Verfahrens- und Sozialberatung konzeptionell wie finanziell zu sichern, unabhängig von der Phase der Unterbringung.</p>
<b>GRÜNE</b>	<p>Die Grünen wollen für Geflüchtete und darüber hinaus</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• die Schaffung langfristiger Integrations- und Bleibeperspektiven</li> <li>• eine Verkürzung des Aufenthalts in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Die Erstaufnahme sollen gut ausgestattet und corona-konform gestaltet werden.</li> <li>• eine Verbesserung der Bleibeperspektiven</li> <li>• die Möglichkeit, von Anfang an die deutsche Sprache zu lernen</li> <li>• eine umfassende Sozial- und Rechtsberatung</li> <li>• den schnellstmöglichen Zugang zu integrativen Maßnahmen, zu Ausbildung und Arbeit und einer guten Wohnsituation</li> <li>• die Ausstellung einer Gesundheitskarte mit der Erstregistrierung sowie den anonymen Krankenschein für Menschen ohne Aufenthaltsstatus, sogenannte Papierlose</li> <li>• Leitlinien für die Rückkehr- und Abschiebep Praxis in Baden-Württemberg, die eine rechtsstaatliche, faire und humanitär verantwortliche Rückkehr- und Abschiebep Praxis gewährleisten. Sie wollen dabei das Kirchenasyl respektieren. Niemand soll in Kriegsgebiete oder in Lebensgefahr abgeschoben werden.</li> </ul> <p>In der nächsten Legislaturperiode wollen sie weitere Sonderprogramme für besonders Schutzbedürftige auflegen. Sie wollen ein Landesaufnahmeprogramm vorantreiben und sich auf Bundesebene dafür stark machen, dass Bundesländer und Kommunen mehr Möglichkeiten bei der Aufnahme von Menschen in Notsituationen erhalten, um so auch unter anderem Verantwortung für die Geflüchteten in Griechenland zu übernehmen. Sie sehen eine Wohnsitzauflage für anerkannte Geflüchtete grundsätzlich kritisch.</p> <p>Außerdem wollen sie die Finanzierung des Pakts für Integration auch in der nächsten Legislaturperiode sicherstellen</p>

<b>CDU</b>	<p>Grundsätzlich sieht die CDU die Aufnahme geflüchteter Menschen kritisch. Migration und Einwanderung werden nicht als gegenseitige Bereicherung gesehen, für die Zugewanderten wird die Assimilation als Integrationsziel genannt.</p> <p>Sie legt die Betonung darauf, überall da, wo es möglich ist, abzuschieben. Es wird kein Landesprogramm zur Aufnahme weiterer Flüchtlingskontingente erwähnt, stattdessen soll es einen Sonderstab „Gefährliche Ausländer“ geben. Zuwanderer ohne Identitätsdokumente sollen bis zur Feststellung ihrer Identität in der Erstaufnahmeeinrichtung verbleiben und mit Sachleistungen versorgt werden. Die Rückführung von Straftätern und Identitätsverweigerern wird hervorgehoben, die Ausweitung sicherer Herkunftsländer gefordert.</p> <p>Sie wollen dem Landesbeirat für Integration einen Landesintegrationsbeauftragten zur Seite stellen, der gemeinsam mit dem Landesbeirat den Pakt für Integration mit den Gemeinden weiterentwickelt und die Integrationsstrukturen ausbaut. Dabei geht es den Christdemokraten um bessere Unterstützung des Spracherwerbs, bessere Integrationsmöglichkeiten in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt – gerade für Frauen – sowie um Anerkennung von Berufsabschlüssen. Sie bekennen sich zudem zur Schulsozialarbeit und zu den Jugendberufshelfern, die bei jungen Migranten einen wertvollen Beitrag leisteten.</p>
<b>SPD</b>	<p>Die SPD will, dass Geflüchtete in Ausbildung und Beschäftigung ein sicheres Bleiberecht erhalten sollen, um sowohl den Geflüchteten als auch den Arbeitgebern Sicherheit und Verlässlichkeit zu gewährleisten.</p> <p>Die Verfahren zur Anerkennung von ausländischen Abschlüssen sollen vereinfacht werden.</p> <p>Die SPD spricht sich gegen die Abschiebung von unbegleiteten Minderjährigen aus.</p> <p>Sie fördert die freiwillige Ausreise von Ausreisepflichtigen, dazu soll es eine Beratung unter Berücksichtigung der medizinischen Lage der Betroffenen und der Situation in der Ankunftsregion geben.</p> <p>Die Arbeit der Härtefallkommission soll gestärkt werden und im Gremium entschiedene Fälle verstärkt anerkannt werden.</p> <p>Die SPD will Geflüchtete mit Bleiberecht gut in unsere Gesellschaft integrieren. Abschiebungen von unbegleiteten Minderjährigen lehnt sie ab. Wenn rechtskräftige Abschiebungen vollzogen werden müssen, müssten sie der Prämisse der Menschlichkeit folgen. Deshalb lehnt die SPD Abschiebungen direkt aus Bildungsstätten heraus ab. Die SPD will auch weiterhin die freiwillige Ausreise von Ausreisepflichtigen fördern. Hierzu setzt die SPD auf unterstützende Beratungsangebote unter Berücksichtigung der medizinischen Lage der Betroffenen und der Situation in der Ankunftsregion.</p>
<b>FDP</b>	

<b>Position DWW</b>	<p><b>2. Förderung Diversitätspolitik</b></p> <p>Die Landesregierung soll eine konsequente Diversitätspolitik fördern. Diese geht Hand in Hand mit Programmen, die demokratisches Bewusstsein fördern bzw. sich gegen rechtspopulistische und fremdenfeindliche Initiativen und Bestrebungen stellen. Die Programme sollen Kommunen wie freien Trägern der Wohlfahrtspflege gleichermaßen offenstehen.</p>
<b>GRÜNE</b>	<p>Die GRÜNEN setzen auf eine deutliche Stärkung der Antirassismuarbeit Mit einem Landesdemokratiefördergesetz wollen die GRÜNEN Projekte und Träger unterstützen, die sich gegen Rassismus und für eine plurale Demokratie einsetzen Die GRÜNEN wollen mehr Menschen mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst gewinnen. Dazu wollen sie die Kampagne „Vielfalt macht bei uns Karriere –</p>

	Willkommen im öffentlichen Dienst“ wieder aufgreifen
<b>CDU</b>	Die CDU setzt auf einen Landesaktionsplan gegen Extremismus, Antisemitismus und Rassismus .
<b>SPD</b>	Die SPD will mehr Diversität im öffentlichen Dienst erreichen und setzt dabei auf eine Erprobung anonymisierter Bewerbungsverfahren. Es soll ein Landesaktionsplan gegen Rassismus aufgelegt werden und gemeinsam mit Expertinnen und Experten sowie Betroffenen gearbeitet werden. Zusätzlich soll ein/e Antidiskriminierungsbeauftragte/r ernannt werden. Das Land soll nach Wünschen der SPD den Fluchtgrund sexuelle Orientierung akzeptieren, sich für die entsprechende Anerkennung auf Bundesebene einsetzen und einen eigenen Programmbereich „Queere Geflüchtete“ schaffen.
<b>FDP</b>	

<b>Position DWW</b>	<b>3. Förderung beruflicher Integration</b>  Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte haben Motivation und Potenziale. Diese sollen sich entfalten können. Die Diakonie ruft die Landesregierung auf, dies mit individuellen und gezielten Maßnahmen zur beruflichen Integration zu fördern. Um lange Wartezeiten zu vermeiden, muss die Anerkennung von Qualifikationen verbessert werden. Dazu muss die Landesregierung die Anerkennungsberatung deutlich ausbauen und Ermessensspielräume nutzen. Außerdem werden Programme zur Finanzierung von Anpassungsqualifizierungen aufgelegt. Für Menschen, die im Rahmen der Arbeitsmigration nach Deutschland kommen, sind Fachberatungsstrukturen zur Begleitung wichtig. Sie können helfen, prekäre Arbeitsverhältnisse zu verhindern.
<b>GRÜNE</b>	Die GRÜNEN setzen sich für eine zeitnahe Arbeitserlaubnis und eine dezentrale Unterbringung unabhängig vom Aufenthaltsstatus ein.
<b>CDU</b>	
<b>SPD</b>	Die SPD will, dass Geflüchtete in Ausbildung und Beschäftigung ein sicheres Bleiberecht erhalten sollen, um sowohl den Geflüchteten als auch den Arbeitgeber/innen Sicherheit und Verlässlichkeit zu gewährleisten. Die Verfahren zur Anerkennung von ausländischen Abschlüssen soll vereinfacht und Nachqualifizierung ermöglicht werden.  Die SPD setzt sich für Teilhabe ein, u.a. durch soziale Gerechtigkeit und faire Aufstiegschancen. Deshalb sollen die Wege zur Integration den generellen Forderungen für Erfolg in Bildung und Arbeit und die Sicherung der Grundbedürfnisse entsprechen.  Die SPD will für eine bessere Unterstützung beim Erlernen der deutschen Sprache für aus dem Ausland Zugezogene und Geflüchtete mit Bleibeperspektive in der Kita, in der Schule und während der Berufsausbildung sorgen – gleich zu Beginn ihres Lebens in Deutschland.
<b>FDP</b>	Ein Schwerpunkt bei der FDP ist das Thema Fachkräfte und Zuwanderung. Die FDP spricht von der Möglichkeit eines Spurwechsels: Sie will Zuwanderung vereinfachen und Bleibeperspektiven schaffen für Geduldete, die sich bereits seit mehreren Jahren gut integriert haben

<b>Position DWW</b>	<b>4. Nachhaltige Beschaffung</b>  Das Land Baden-Württemberg ist ein verantwortungsvoller globaler Akteur. Die Diakonie ruft die Landesregierung auf, sich vor diesem Hintergrund dafür einzusetzen, Fluchtursachen zu reduzieren und Menschen vor Ort eine Perspektive zu eröffnen. Deshalb soll sich Baden-Württemberg zu nachhaltiger Beschaffung auf allen Ebenen und in allen Bereichen verpflichten.
<b>GRÜNE</b>	Die GRÜNEN wollen die faire und nachhaltige öffentliche Beschaffung weiter ausbauen. Im Bund wollen sich die GRÜNEN für ein „ambitioniertes“ Lieferkettengesetz einsetzen.

	Außerdem sollen gesunde und ökologische Lebensmittel aus der Region für alle zugänglich sein, z. B. auch für Menschen in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern und ähnlichen Einrichtungen.
<b>CDU</b>	k.A.
<b>SPD</b>	<p>Die SPD will mit der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit (SEZ) Impulse setzen, damit noch mehr Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg die Nachhaltigkeitsziele konkret in ihre Politik einbeziehen.</p> <p>Die globalen Entwicklungsziele der UN-Agenda 2030 (Sustainable Development Goals, SDG) sind für die SPD auf Landesebene Verpflichtung. Die Inhalte und Ziele der SDG sollen daher an Schulen und Hochschulen vermittelt werden.</p> <p>Zur Umsetzung des nationalen Aktionsplans „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ will die SPD auch in Baden-Württemberg einen Beitrag leisten. Das entwicklungspädagogische Informationszentrum EPIZ soll mit dem erforderlichen Personal und Geldern ausgestattet werden, um eine gute Qualität der Arbeit zu sichern und die Reichweite der Angebote zu erhöhen.</p> <p>Die öffentliche Beschaffung in den Behörden und Ministerien des Landes will die SPD am Schutz der Menschenrechte und der Umwelt ausrichten.</p>
<b>FDP</b>	k.A.
<i>Darüber hinausgehende Ziele der Parteien</i>	Der Gedanke der Subsidiarität fehlt bei allen Parteien.